
Dr. Wolfgang Gerhardt
Mitglied des Deutschen Bundestages

Zum Markenkern liberaler Politik

—
Deutschland ist ein Kernstaat Europas und die stärkste Volkswirtschaft in der Europäischen Union. Vom Erfolg der Liberalen in Deutschland hängt mehr ab als der Erfolg einer Regierung. Es hängt weit über Deutschland hinaus viel ab für die Idee der Freiheit und der sozialen Marktwirtschaft. Die FDP steht in großer Verantwortung und vor existentiellen Herausforderungen und Anstrengungen.

—
Sie muss sich selbst aber nicht neu erfinden oder einen neuen Markenkern entwickeln. Dringend notwendig ist allerdings eine nicht aufgesetzte, sondern mit Überzeugung versehene Fähigkeit zur Markenpflege. Es geht um den Charakter politischer Überzeugungen, die Liberale vertreten, die sie bei den Menschen beheimatet sehen möchten, an die sie sich zuallererst aber auch selbst halten müssen.

—
Der Traum von der Freiheit hat nicht nur die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika hervorgebracht, sondern auch der Einsturz der Berliner Mauer herbeigeführt. Er ist auf dem Weg in Nordafrika die Autokratien zu beenden. Eine Hoffnung bleibt, dass es auch noch in Syrien gelingt. Freiheit und Menschenwürde sind kein westliches Vorurteil. Freiheit und Menschenwürde gelten universal. Sie gehören zu kosmopolitischen Weltbürgerwerten. Nur in Freiheit lebt die Menschenwürde, lebt ein Rechtsstaat, gelten Bürgerrechte und eine freie Wirtschaftsordnung mit Spielregeln, die soziale Sicherheit überhaupt erst möglich macht.

Freiheit ist allerdings nicht Beliebigkeit. Die Überdehnung der Freiheit ist nicht die Sache der Freiheit. Sie ist eben nicht nur Raum für hedonistische Selbstverwirklichung. Der Quellcode der Menschenwürde zieht Grenzen für den menschlichen Selbstentwurf. (Udo di Fabio) „Freiheit schließt eine soziale Wertedimension in der wechselseitigen Anerkennung der Menschen als Personen gleicher Würde ein.“ (Otfried Höffe) „Sie lässt keinen Raum für willkürliche Konfliktlösung“. Sie erfordert Wertebewusstsein und individuelle Mühe, wie es Dahrendorf in seinem „Tugendkatalog der Freiheit“ schrieb. Menschen sind soziale Wesen. „Sie können sich nicht entwickeln ohne Andere.“ Sie können die Welt nicht kultivieren ohne die Anderen. Freiheit muss deshalb als soziale Chance in einer Bürgergesellschaft entworfen werden. Ein Auge für die Anderen zu haben, für einen anständigen Umgang miteinander, „das nennen wir Zivilisation“ (Udo di Fabio).

Bürger haben das Recht, auf eigenen Wunsch und Willen ihr Glück zu suchen. Menschen, die Freiheit lieben, die Rechtschaffenheit achten und ihre Kultur mit dem eigenen Lebensentwurf in die Zukunft hineinragen, sind die unverzichtbaren Citoyens freier Gesellschaften. Auf sie kommt es an, auf ihren Gleichgewichtssinn von Herkunft, von Altem und Neuem, auf ihre Fähigkeit auch bei Einbußen an Traditionen und Verlust von Verbindlichkeiten ein Bewusstsein für Gemeinwohl zu schaffen und in Besonnenheit, Klugheit, Welt- und Selbstvertrauen zu bewahren. Staatsbürger zu sein geht weit über den Besitz eines Personalausweises hinaus.

Freie Gesellschaften gründen sich nicht zuletzt auf eine Reihe von Voraussetzungen, die streng genommen „gegen die menschliche Natur gerichtet sind, um ein halbwegs friedliches Zusammenleben zu ermöglichen“, schrieb Joachim Fest. Duldung, Respekt vor Minderheiten, Achtung auf das Recht des Schwächeren und auch auf das des Fremden. Denn nicht überbordende Fürsorge begründet die Existenz eines Staates, sondern einzig die Garantie jener Rechte, welche die Person und ihr privates Leben vor fremden Übergriffen schützen sollen (Wolfgang Sofsky). Hier

liegt der Markenkern liberaler Rechtsstaatspolitik. Es gibt klassische Abwehrrechte, die Bürger haben und auch behalten müssen. Es gibt zivilisatorische Bestände der Freiheit, die niemals preisgegeben werden dürfen. Wir sind das, was wir tun. Vor allem aber sind wir, was wir nicht tun.

Freiheit ist nicht unbedingt ein Mehrheitsprogramm in Deutschland. Freiheitliche Politik ist deshalb aber nicht klein und exklusiv, sie ist für die Qualität einer Gesellschaft ausschlaggebend. Die Verschonung vor Anpassung ist die große Sehnsucht vieler Menschen. Risikoaversion ist vorherrschend. Der Neid bringt viele dazu, Freiheit zu fürchten, weil sie anderen mehr nutzen könnte als ihnen selbst. Viele entscheiden sich für Selbstabsolution durch Legitimationsdruck auf andere. Es fehlt die Bereitschaft, zwischen der Aufrechterhaltung eines universalen Versorgungsanspruchs und eigener Verantwortung zum Erhalt der Freiheit neu zu disponieren.

Es wundert deshalb nicht, dass in Deutschland eher ein Überangebot an Politik vorhanden ist, das am Ende auf die Zerstörung der Kultur persönlicher Verantwortung hinausläuft. Paternalismus, Staatsinterventionismus und kollektive Lösungen stehen allenthalben bei politischen Wettbewerbern auf der Tagesordnung. Deshalb sind sie keine liberalen Parteien. Sie machen aus Staatsbürgern Staatskunden, die sich zwar überall um den sozialen Zusammenhalt sorgen, allerdings selbstverständlich davon ausgehen, dass ihn natürlich der Staat zustande bringen muss. Er soll geben ohne zu nehmen, für soziale Sicherheit sorgen und die Mühen des Lebens abnehmen. Nichts macht aber dem Staat heute schon mehr zu schaffen als die ungezügelte Begehrlichkeit vieler seiner Bürger. Wer ihn so überfordert macht ihn zu einem Koloss auf tönernen Füßen.

Gerechtigkeit lässt sich nicht an der Höhe der öffentlichen Ausgaben messen. Sie gilt auch nicht nur gegenüber Empfängern staatlicher Leistungen, sondern auch für Steuerzahler. Ein gerechtes Steuersystem, das

der Mitte einer Gesellschaft Gerechtigkeit verschafft ist überfällig. Nicht die Beschwerden über einen sperrigen Finanzminister oder eine unwillige Kanzlerin helfen weiter, sondern Durchsetzung eigener Überzeugungen um die Wirbelschlepe des Vertrauensverlustes los zu werden. An dieser Stelle wird Glaubwürdigkeit ganz entscheidend gemessen.

Gleichzeitig muss effiziente Nutzung der Ausgaben mit Blick auf ihr eigentliches Ziel gesehen werden: Menschen in die Lage zu versetzen sich am Ende wieder selbst helfen zu können. Das war schon das Anliegen von Schröder und Blair 1999. Aber weder das Milieu der SPD noch alte Denkmuster des sozialkonservativen Establishments in Hochschulen und Wohlfahrtsverbänden wollen das so sehen. Sie bleiben am Ende auf der Umverteilungsmarge des Haushalts als einzigem Kriterium der moralischen Qualität sozialstaatlicher Politik sitzen. Was soziale Gerechtigkeit wirklich ist, wird von ihnen kaum beschrieben. Auf welches normative Fundament der Sozialstaat gestellt werden soll, wird nicht gesagt (Kersting). Das Ergebnis ist eine verhängnisvolle intellektuelle und moralische Simplifizierung des Problemstands des Sozialstaates und die Verschiebung der Rechnungen mit ungedecktem Scheck auf die Zukunft jener, die gegenwärtig noch keine Stimme haben (Sachverständigenrat).

Die Demographie, die gegenwärtig in Nordafrika autokratische Systeme zum Einsturz bringt, wird auch die Konstruktion sozialer Sicherungssysteme mit pauschaler Abbuchung, undifferenzierter Zuteilung und nebulöser Kostenentwicklung überrollen, so sehr sich auch die Sozialdemokraten in allen anderen politischen Parteien dagegenstemmen. Es fehlt gerade in diesem Feld eine Debattenkultur, die die Erörterung der Zukunftsfragen ohne Gebrauch von Totschlagargumenten ermöglicht und Menschen mit der Komplexität der Verhältnisse vertraut macht.

Das Bürgerrecht auf Bildung gehört seit Ralf Dahrendorf zu den modernen Civil Rights. Es ist und muss das Garantieverprechen eines freiheitlichen Staates sein und bleiben. Es darf aber durch die, denen man es anbietet, auch nicht vergeudet werden. Das Leben ist eine Großbaustelle. Es verlangt

ein komplexes Ensemble von Fähigkeiten. Es beginnt nicht erst in der Schule. Pestalozzi sagt völlig zu Recht, dass die erste Unterrichtsstunde die Stunde der Geburt sei. Das Grundgesetz gibt Eltern das Recht auf Erziehung ihrer Kinder. Rechte korrespondieren aber immer auch mit Pflichten. Kindern kann man nicht kündigen. Kinder sind ihrem Wohlergehen und ihrer Selbständigkeitsentwicklung unverzichtbar auf anregungsfreundliche familiäre Umgebung angewiesen.

Die ermüdende alte Schulorganisationsdiskussion mit immer wiederkehrenden Innovationsgeräuschen von Bildungsgipfeln steht in keinem ausreichenden Verhältnis zu diesen Erkenntnissen die frühkindliches Bildungsengagement nahelegen. Dabei ist ein Mindestmaß an Zivilisiertheit als Mitgift des Elternhauses unverzichtbar. Werteverlust sollte nicht in Wertewandel umgedeutet werden. Wer Ordnung, Betragen, Fleiß und Aufmerksamkeit als autoritäre Kopfnoten in Zeugnissen ansieht, sollte sich mit Problemlösungskompetenz, Einfallsreichtum, Frustrationskontrolle, Konzentrationsfähigkeit und Durchhaltevermögen anfreunden. Das sind Megakompetenzen, die eine erfolgreiche und stabile Gesellschaft braucht. Lehrerinnen und Lehrer müssen sie Schülerinnen und Schülern zusammen mit der sozialen Relevanz des Lernens vermitteln – egal in welcher Schulform. Große Pädagogen wussten schon immer, dass Bildung etwas mit Erziehung zu tun hat.

„All men are created equal“ schrieb 1776 Thomas Jefferson in die Amerikanische Unabhängigkeitserklärung. Das heißt aber nicht, dass alle Menschen auch identisch sind. Der genetische Zufall macht uns alle einzigartig, aber eben auch einzigartig unterschiedlich in unseren Fähigkeiten, Stärken und Schwächen. Das politische Regulativ der Gleichheit ist die Gleichheit vor dem Gesetz. Aber die Nutzung von Chancen, die sich aus der Gleichheit vor dem Gesetz ergeben, ist wiederum von Fähigkeiten anhängig, die ihrerseits ungleich verteilt sind (di Fabio). Es gibt Antriebsarmut und Aufstiegsorientierung. Eine freiheitliche Gesellschaft bleibt auf eine Kultur der Anerkennung von unterschiedlichen und schlechterdings nicht zu beseitigenden Ungleichheiten angewiesen. Es

gefährdet deshalb die Grundlagen der Freiheit, wenn der wirtschaftliche und persönliche Erfolg eine Quelle des Neids und der Missgunst wird. Was jemandem gegönnt werden muss, ist das, was nach klaren Spielregeln, ohne Verletzung der Rechte anderer erworben worden ist. (Rawls)

Hierzulande ist die Unkenntnis über wirtschaftliche Zusammenhänge bedenklich – und das doch gerade in einem Land, das einen Wiederaufstieg in den anerkannten Kreis der Völker nach der größten Katastrophe in der deutschen Geschichte über Marktwirtschaft erreicht hat. Die geschichtlichen Schleifspuren der Alternativen zur Marktwirtschaft zeigen, dass es Menschen überall dort, wo Wettbewerb und Markt aus politischen Gründen ausgeschaltet worden ist, nicht besser, sondern schlechter gegangen sind. Das Ausschalten des Marktes hat zu unkontrollierter wirtschaftlicher und politischer Macht geführt. Der Versuch, eine soziale Freiheit gegen die persönliche Freiheit auszuspielen, hat am Ende überall dort, wo solche Beglückungsbanner entfaltet worden sind, die persönliche Freiheit zerstört.

Marktwirtschaft ist deshalb kein kaltes Projekt. Sie ist durch ihre Spielregeln ein einzigartiges Entmüchtigungsprogramm gegen die Herausbildung unkontrollierter und untransparenter wirtschaftlicher wie politischer Macht. Die marktwirtschaftliche Überzeugung gehört zum liberalen Markenkern genauso wie die Rechte der Bürger, die Trennung der Gewalten, die Meinungs- und Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Bürgerrecht auf Bildung. Wettbewerb darf kein kontaminiertes Wort in Deutschland sein. Es gibt eine ökonomische Dimension von Werten wie Arbeitswille, Kooperationsfähigkeit, Kreativität und Leistungsbereitschaft. „Ein Wertesystem, das politischen wie wirtschaftlichen Wettbewerb als etwas Positives ansieht“, so sagt es der Wirtschaftshistoriker Douglass North, „ist die wichtigste Voraussetzung für eine offene Gesellschaft“.

Die Europäische Union hat Souveränität wie kein anderer Kontinent gebündelt, um einen Rückfall in alte Konflikte zu vermeiden. Europa ist mit dieser stillen Revolution aus dem Größten heraus. Aber es ist noch nicht da angekommen, wo es sein will. Ein von Technokraten und Eliten

angetriebener Integrations- und Erweiterungsprozess Europas ist nicht ausreichend. Die Macher dürfen die Mitmacher nicht vergessen. Die kritische Masse für eine belastbare europäische Loyalität reicht noch nicht aus. Die wird aber dringend gebraucht.

Aktuelle Krisen haben immer konkrete Ursachen. Sie sind zumeist die Folge von gesamtwirtschaftlichen Schief lagen, deren Geschichte lange zurückreicht. Dies schrieb Karl-Heinz Paqué vor einigen Wochen zur Lage in Griechenland, in Irland, in Portugal und Spanien. Viele lebten über ihre Verhältnisse, die Kapitalmärkte erlaubten es ihnen zu günstigen Bedingungen ohne erkennbare Spannungen. Das Muster war überall gleich. Da waren Länder in den Genuss von Chancen gekommen, mit denen sie nicht umgehen konnten. Die Länder und ihre politischen und gesellschaftlichen Eliten täuschten sich selbst. Jetzt, wo die Schief lage schonungslos durch den Markt aufgedeckt wird und die Wohlstandsillusion ohne Wettbewerbsfähigkeit dem Ende entgegen geht, weisen die, die die Krisen selbst verursacht haben, dem Markt die Schuld zu.

Eine Kette unendlichen Ausweichens vor den eigenen Realitäten ist es, die zu der gegenwärtigen Lage geführt hat und dieses Ausweichen ist nicht nur auf die Mittelmeerstaaten der Europäischen Union beschränkt. Auch in einigen kerneuropäischen Gesellschaften ist der Anteil von Menschen gestiegen, die glauben ihr altes Wohlstandsideal ohne wirkliche tiefgreifende strukturelle Reformen erhalten zu können. Sie wissen aber bis heute nicht, wie sie das realisieren sollen, es sei denn auf Kosten der jeweils anderen.

Solidarität ist keine Einbahnstraße. Nicht die oft in manchen Ländern beklagte mangelnde Solidarität der Deutschen ist das Problem, sondern die eigene vertragswidrige Verschuldung, in die sie sehenden Auges unsolidarisch gegenüber allen anderen eingegangen sind. Staaten oder Regierungen, die glauben, gegen alle wirtschaftliche Vernunft agieren zu können, wie dies zweifellos in einigen Ländern geschehen ist, sollten nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden, dass Europa auf die

Einhaltung von Verträgen Wert legt. Wir gehören schließlich keinem allgemeinen Mitgliederverein an, sondern einer Europäischen Union, in der wir uns aufeinander verlassen können müssen, die mit Binnenmarkt und einheitlicher Währung wettbewerbsfähig bleiben muss, wenn ihre Volkswirtschaften und damit ihre Menschen sich in der Globalisierung behaupten wollen.

Mit Renaissance, Humanismus und Aufklärung hat sich in Europa eine neue Welt durchgesetzt. Es gibt aber alte Gegengewichte des Neuen (Udo di Fabio), die wir in ihrer Heftigkeit nach dem Zusammenbruch der alten bipolaren Welt so nicht mehr erwartet haben. Manche Menschen vertreten ihren Glauben und ihre Überzeugung in einer Art von Gewissheit, die jede Kultur der Toleranz zerstört. Solchen Vertretern einer konfrontativen Weltansicht darf man die Bühne nicht durch eine ignorante Toleranz überlassen. Es kann eben keine Akzeptanz von religiösen Bekenntnissen geben, die unter Inanspruchnahme von religiöser Authentizität die Menschenrechte verletzen. Ein säkularer Staat muss darauf achten, dass – gleich bei welcher religiösen Überzeugung – auch immer die Prinzipien beachtet werden, die auch für seine eigene verfassungsmäßige Bindung gelten.

„Eine Religion sollte“, so schreibt der frühere Limburger Bischof Franz Kamphaus, „Gott verehren, aber nicht Gott spielen.“ Das gilt für alle Fundamentalisten und Letzbegründungsapologeten, wo immer sie sich aufhalten, ob sie nun amerikanische Evangelicals sind oder Angehörige muslimischer Gemeinschaften oder Sektenmitglieder. Freiheitliche Gesellschaften müssen sich gegenüber Gegnern freiheitlicher Ordnung zur Verteidigung ihrer eigenen Werte entschließen. Sie müssen Selbstbehauptungswillen zeigen, der sich der Grundlagen der eigenen Ordnung bewusst ist. „Das ist der Zusammenhalt einer Gesellschaft über Sprache, Wissenschaft, Philosophie, Musik, Kunst, Architektur“ (Otfried Höffe) freiheitliche Verfassung und Zivilcourage. Wer das nicht sieht und nicht mag, der kann auch niemanden integrieren.

Politik, gleich welcher parteipolitischen Grundüberzeugung, beginnt nach Dahrendorf, mit der schlichten Anerkennung von Realitäten. Frieden erfordert internationale Zusammenarbeit, die auf „Abrüstung, eine plausible Strategie der Konfliktvermeidung abzielt und fundamentalistischen Politikern entgegentritt. Entwicklung erfordert Anstrengung von jenen, die ihre „wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse verbessern wollen und die Unterstützung der anderen, die in der Lage sind zu helfen.“ Überleben erfordert gemeinsame Initiativen zur Sicherung des Lebens und Überlebens in natürlichen Lebensgrundlagen und einer Bewältigung von Bevölkerungsentwicklung und Potentialen für Wohlergehen. „Prosperität erfordert Anerkennung der Kräfte der Weltwirtschaft, die Anpassungsprozesse erforderlich macht um Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen und stabile Spielregeln, besonders im Hinblick auf die Finanzmärkte schaffen muss.“

Die Welt ist nicht einfach und sie war es auch noch nie. Es gibt keine simplen Antworten. Liberale wissen um die Komplexität der Verhältnisse. Politik darf sich deshalb nicht im Gebrauch politischer Fertigkeiten erschöpfen. Sie braucht Passion, programmatische Substanz, eine Breite von Fähigkeiten und ein Bewusstsein für Normen und Herausforderungen. Es wird darauf ankommen, Bescheidenheit mit Selbstvertrauen zu verbinden, eine überzeugende Haltung zur Bewältigung von Aufgaben einzunehmen, zu liefern und so das gesellschaftliche Klima zu prägen.